

KEIN
GELD
FÜR
KRIEG

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 24 Winter 99/2000

Atomwaffen abschaffen!

Auch nach Ende des kalten Krieges und am Beginn des neuen Jahrtausends lagern noch tausende von Atomwaffen in Ost und West, deren Zerstörungspotential das des gesamten Zweiten Weltkrieges um ein Mehrtausendfaches übertrifft. Der Widerstand dagegen wird seit Jahren von zum Teil sehr kleinen Friedensgruppen konsequent fortgesetzt und beginnt, erste Früchte zu tragen. Die Aktionen sollen jetzt international gebündelt werden.

Nach Ansicht des ehemaligen Oberbefehlshabers der US-Atomstreitmacht, General George Lee Butler, unterscheidet sich die heutige Kernwaffenpolitik der USA kaum von derjenigen auf dem Höhepunkt des kalten Krieges. Es sei mehr glücklicher Fügung und Zufall zu verdanken, daß es noch nicht zu einer Katastrophe gekommen sei.

Um dies zu verhindern engagieren sich zahlreiche, häufig kleine Initiativen wie die EUCommunity für eine vollständige Abschaffung aller Atomwaffen.

140 Tage „Mahnwache hinter Gittern“

Seit dem 22. November 1999 sitzt der Stuttgarter Friedensforscher Dr. Wolfgang Sternstein für gewaltfreie Aktionen des Zivilen Ungehorsams gegen Atomwaffen eine Strafe von 140 Tagen Haft in der Justizvollzugsanstalt Rottenburg ab. Er nennt sie „Mahnwache hinter Gittern“, ein Appell an das Gewissen der Politiker, der Richter und der Öffentlichkeit. Denn Atomwaffen gefährden die ganze Menschheit und sie sind - nach Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in den Haag vom Juli 1996 - generell völkerrechtswidrig. Sie müssen abgeschafft werden.

Wolfgang Sternstein freut sich auf jeden Fall über Post - seine

Adresse: Justizvollzugsanstalt Rottenburg, Schloss 1, 72108 Rottenburg.

Weitere Informationen gibt es bei "Ohne Rüstung Leben" und bei EUCommunity Essen, c/o Gabi Velten, Kölner Str. 69, 45145 Essen,
<http://members.tripod.de/moin/euc/>

Ellen Moxley, 45, und Bodil Ulla Roder, 45, die eine Anlage für das Atomwaffen-U-Boot Trident beschädigt hatten (Sachschaden 80 000 engl. Pfund), freigesprochen. Die Richterin Margaret Gimblett begründete den Freispruch mit dem Völkerrecht.

Inhaltsverzeichnis

Aus den Regionen	S. 2
Aus dem Netzwerkrat	S. 2
Steuern zu Pflugscharen	S. 3
Buchtip: Gütekraft erforschen	S. 4
Gesetzesinitiative	S. 4
Rechtswege	S. 4
Internationales	S. 5
Commitment 2000	S. 6
Informationen	S. 7
Kontaktpersonenliste	S. 8

Grund für die Bestrafungen ist der gewaltfreie gütekräftige Atomwaffenprotest der Gruppe EUCommunity in Stuttgart. Mit Berufung auf das Völkerrecht wurde seit 1990 in sieben Aktionen des Zivilen Ungehorsams der Zaun der US-Kommandozone EUCOM aufgeschnitten und innen friedlich für eine Welt ohne Atomwaffen demonstriert.

Freispruch in Schottland

Im schottischen Greenock Sheriff Court wurden am 21. Oktober 99 die drei Frauen Angela Zelter, 48,



Internationales Netzwerk

Weltweit haben sich Friedensengagierte, Gruppen und Organisationen zum Netzwerk „Abolition 2000“ zusammengeschlossen, um den internationalen Widerstand gegen Atomwaffen zu stärken.

Nukleare Abschreckung der NATO verschärft

Paradoxiertweise ist nach Ende des "Kalten Krieges" das Konzept der "nuklearen Abschreckung" durch die NATO verschärft worden und gilt nunmehr weltweit auch gegenüber potentiellen Angreifern, die nuklear gar nicht gerüstet sind. Das bemerkenswerte Argumentationspapier "Kirchliche Initiative für eine Friedenssicherung ohne Nuklearwaffen" faßt die neue Doktrin so zusammen:

1) Den Nuklearwaffen ist im neuen Strategiekonzept der NATO eine erweiterte Rolle zugeordnet.

2) Die Selbstbindung des Bündnisses an die Normen der UN-Charta bleibt unbestimmt.

3) Obwohl die reale Bedrohung des Bündnisses durch einen konventionellen Angriff als 'höchst unwahrscheinlich' eingestuft wird, wird im Strategiekonzept das Prinzip der Abschreckung, die Nuklearwaffen einschließt, konsequent ausgeweitet.

4) Geist und Logik atomarer Abschreckung erzeugen nicht nur das trügerische Gefühl einer totalen Sicherheit, sondern erfordern auch ein absolutes Feindbild. Denn nur gegen absolute Feinde scheint der Einsatz der absoluten Waffe gerechtfertigt.

Das Papier kann über das Büro von "Ohne Rüstung Leben" bezogen werden (Ohne Rüstung Leben e.V., Sophienstr. 19, 707178 Stuttgart, Tel. 0711/608396, Fax: 608357, e-mail: ORL@GAIA.DE).

Erfolge und Rückschläge

Die USA haben im Oktober 1999 die **Ratifizierung des Atomteststoppvertrages** abgelehnt und bauen ihr Atomwaffenprogramm aus.

Einer AP-Meldung vom November 1999 zufolge planen die USA den völligen **Abzug aller Atomwaffen aus Europa**, darüber solle im Dezember bei der NATO entschieden werden. Dies wurde jedoch wieder dementiert.

Am 13. Juli 1999 erklärte der Nationalrat **Österreich** für **atomwaffenfrei**: „In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden. Einrichtungen für die Stationierung von Atomwaffen dürfen nicht geschaffen werden.“

40 Jahre Heidelberger Thesen der EKD

Vor 40 Jahren, 1959, wurden die "Heidelberger Thesen" veröffentlicht, in denen die beiden möglichen und sich gegenseitig ausschließenden Haltungen in der EKD zur Atombewaffnung beschrieben wurden - Bejahung oder Kriegsdienstverweigerung - allerdings mit dem gemeinsamen Ziel einer waffenlosen Welt. "Ideologischer" Hinter-

grund dieser Publikation war die Denkfigur der "Komplementarität" d.h. eine (m.E. fragwürdige) philosophische und theologische Interpretation der Kopenhagener Deutung der Quantentheorie: ein und derselbe physikalische Sachverhalt können von verschiedenen Beobachtern verschieden beobachtet werden - die Position des "objektiven" Beobachters fließt in das Beobachtungsergebnis ein. Um die "Komplementarität" ist es still geworden - die Debatte zeigt allerdings - und das war damals Konsens - daß eindeutige ethische Positionen in der Theologie nicht formuliert werden können bzw. daß es möglich ist, in der Kirche sich widersprechende ethische Positionen zu vertreten.

Die EKD - bzw. ihre leitenden Organe - sind leider hinter diesen Stand der Diskussion zurückgefallen und beharren z.B. in der Frage der Kriegssteuerungsverweigerung aus Gewissensgründen auf einer eindeutigen Position. Wir sollten sie daran erinnern, daß dies auch anders geht und daß eine konträre pazifistische Position theologisch begründbar war und ist.

Aus den Regionen

Berlin

Die Berliner Gruppe trifft sich weiterhin regelmäßig. Schwerpunkte waren bzw. sind eine öffentliche Veranstaltung zu „Chancen gewaltfreier Konfliktlösung“ am 23. 11. 99 sowie die Vorbereitung auf den internationalen Kongress in Berlin 2002.

Süd-West

Die Regionalgruppe Südwest traf sich am 23.10.99. Schwerpunkte des Treffens waren persönliche Berichte über Steuerverweigerungen, die Alternativen der Gesetzesinitiative, Internationales (Treffen 2002, Anerkennung der CPTI als NGO bei der UNO, die Forschungsarbeit zur „Geschichte der Steuerverweigerung“) und die erfreuliche Entwicklung der Finanzen. **Das nächste Treffen findet am 8. 4. 2000 in Freiburg statt.**

Bayern

Es gab verschiedene Aktivitäten der Nürnberger und Münchener Gruppe, z.B. zum Nürnberger Stadtjubiläum sowie die Aktion „50 Briefe an Finanzämter“ in München.

Aus dem Netzwerk

Der Netzwerktag tagte vom 5. - 7. 11. 99 in bewährter Umgebung in Eisenach. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Diskussion um eine neue Gesetzesinitiative und eine öffentliche Veranstaltung am Samstagabend.

Die **Veranstaltung in der Eisenacher Annenkirche** war (für unsre Verhältnisse) mit ca. 10 Gästen recht gut besucht. Es gab eine lebhaft diskutierte Diskussion zwischen Günther Lott, Martin Rambow und dem KDV-Beauftragten der Ev.-luth. Kirche in Thüringen, an dem sich auch das Publikum beteiligte.

Als Grundlage für eine neue **Gesetzesinitiative** liegen mittlerweile fünf Entwürfe vor (vgl. S. 4). Für eine inhaltliche Diskussion der einzelnen Entwürfe fehlte die Zeit, dafür wurde ausführlich und kontrovers die Frage nach der richtigen Vorgehensweise diskutiert: Die Strategie, mehrere mögliche Konzepte ins Gespräch bringen zu können, wurde schließlich mehrheitlich akzeptiert. Es gab jedoch starke Stimmen, die dafür plädierten, daß sich das Netzwerk auf *einen* Entwurf festlegt. Die Arbeitsgruppe (Günther Lott, Dedo v. Krosigk, Sepp Rottmayr und Klausmartin Voigt) wird versuchen, eine „Geschäftsgrundlage“ zu erarbeiten, die klare, vom Netzwerk anerkannte Forderungen enthält, ohne sich auf ein bestimmtes Konzept festzulegen. Mit diesem Papier soll dann das Gespräch mit Friedensbewegung, Kirchen, Verbänden und ParlamentarierInnen gesucht werden. Die Ergebnisse der AG sollen zunächst einem „erweiterten Kreis“ (z.Zt. Carl Ehrig-Eggert und Bernhard Willner, weitere Interessenten sind willkommen) zur Stellungnahme zugeleitet werden, be-

vor sie im Netzwerk abschließend beraten werden.

Der neue **Aufkleber** wurde vorgestellt. Er soll künftig als einheitliches Logo auch auf **Briefpapier** des Netzwerks verwendet werden. Eine Bilddatei zur Integration in Textverarbeitungsprogramme ist bei Dedo v. Krosigk erhältlich.

Das ausführliche **Protokoll** des Treffens ist bei der Redaktion erhältlich.

Die nächsten Treffen sind am 24. - 26. 3. 2000 (gemeinsam mit der Jahrestagung von Steuern zu Pflugscharen) in Erfurt und am 20. - 22. 10. 2000 in Eisenach.

Aus den Arbeitsschwerpunkten



EKD ist am Zuge

Auf dem Ev. Kirchentag in Stuttgart wurden ca 700 Unterschriften gesammelt für einen neuen Gesetzentwurf und mit der Aufforderung an die EDK, Gespräche mit Friedensgruppen aufzunehmen. Das alles ging nach Hannover. Jetzt hoffen wir, daß der Kosovo-Krieg wenigstens an dieser Stelle eine positive Auswirkung bekommt, indem wir das Gespräch mit der EKD weiterführen können.

Damit uns die Puste nicht ausgeht...

...brauchen wir wieder Geld in unsere bescheidene Aktionskasse. Der Kirchentag hat sie geplündert (enorme Standgebühren). Die Bitte also: **vergesst uns nicht beim Spendenmarathon vor Weihnachten**. Kontonummer auf der letzten Seite. Spendenbescheini-

gung auf Überweisungsbeleg anfordern.

Gemeinsame Jahrestagung 24.-26.3.2000 in Erfurt

In bewährter Weise gestalten das Netzwerk Friedenssteuer und die Oek. Aktion Steuern zu Pflugscharen gemeinsam eine Jahrestagung. Es geht u.a. um einen neuen Gesetzentwurf und um Aktionsideen. **Programm und weitere Informationen** erhaltet Ihr bei: Familie Rambow, Tel. 0361/34 56 264 in Erfurt.

Arbeitskreis der Ev. Kreissynode Köln-Mitte gibt auf

Mehrere Jahre lang engagierte sich der Arbeitskreis für 5 Verweigernde. Leider konnten die Arbeitgeber nicht für Unterstützungsschritte gewonnen werden (Zusammenkunft der Arbeitgebervertreter, Gespräch mit dem Landeskirchenamt, Prüfung der Möglichkeit eines exemplarischen Musterprozesses). Auf der Herbstsynode gab der AK sein Mandat zurück. (Informationen bei Lutz-E. Bohr).

"Neue Gesichtspunkte haben sich nicht ergeben..."

Teilete uns der Ausschuss für Öffentliche Verantwortung der EKIR mit und lehnt somit die Beschäftigung mit unserem Thema ab. Die Gespräche mit dem zuständigen Dezernenten im LKA der EKIR gehen jedoch weiter (ca. zwei mal jährlich) und sind bisher kooperativ und ermutigend. (Informationen bei Hannelore Morgenstern Tel. 0221/ 743496)

Neuer Aufkleber für Friedensdekade '99

Bezugnehmend auf das alte Motto im Osten "Schwerter zu Pflugscharen" hat die Gruppe Ost einen neuen Aufkleber entworfen und fabriziert. Den kann man natürlich auch außerhalb der Dekade verwenden! Bestellungen bei Fam. Rambow Tel. 0361/34 56 264

"Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt"

Der Ök. Rat der Kirchen hat für die Jahre 2000-2010 (!) obige Dekade ausgerufen. Wir bekräftigen und unterstützen diesen Schritt und wollen uns daran beteiligen, die Gegenkräfte gegen die weltweite Kultur der Gewalt zu bündeln und an einer Kultur der Gewaltfreiheit mitzuarbeiten. Ein guter Ansatzpunkt, um mit eigenen Kirchengremien in's Gespräch zu kommen! Wir sollten ihn nutzen.

Die EKIR berät und beschließt hoffentlich, eine umfangreiche und sehr konkrete „Option und Konzepte zur gewaltfreien Lösung von Konflikten“. (Material über Lutz Bohr erhältlich)

EKD erarbeitet Friedensdenkschrift

„Die Synode bittet den Rat, die Erarbeitung einer Friedensdenkschrift in Auftrag zu geben. Sie soll spätestens in zwei Jahren vorliegen...“ Diesen Beschluß faßte die EKD-Synode am 11. 11. 99 in Leipzig. Inhalte sollen u. a. sein: Neue „NATO-Doktrin“ und militärische Gewalt als Abschreckung. (Gesamte Texte der Synode im Internet: www.ekd.de/synode99/beschluesse/beschluesse.html)





„Gütekraft erforschen - Kraft der Gewaltfreiheit, Satyagraha,

Strength to love“, herausgegeben von Martin Arnold und Gudrun Knittel; Versöhnungsbund-Verlag, Minden 1999, 136 Seiten, 16 DM

Ein Beitrag zum Jahrzehnt für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit der UNO, zur Dekade zur Überwindung von Gewalt des Ökumenischen Rats der Kirchen und zum UNESCO-Jahr des Friedens 2000.

„Die Geschichte des gewaltsamen 20. Jahrhunderts zu schreiben, ohne auch die Voraussetzungen und Wirkungen gewaltfreier Bewegungen, ohne die Gütekraft zu erforschen, bedeutet, das Jahrhundert noch schlimmer zu machen... Eines ist gewiss: Die Gütekraft hat sich als eine Schlüsselkomponente im Vorgang der Konflikttransformation etabliert.“

Johan Galtung, Friedensforscher, in diesem Band.

Viele Beispiele bilden das Ausgangsmaterial in diesem Buch. Die meisten Menschen haben Erfahrungen mit der Gütekraft. Erfahrungswissen und kritische Wissenschaft ergänzen sich, AkademikerInnen und PraktikerInnen aus verschiedenen Bereichen schreiben aus unterschiedlichen Blickwinkeln und wissenschaftlichen Perspektiven über die Gütekraft und wollen gemeinsam zur Anregung der Friedensforschung beitragen.

Das Buch spricht mit seiner Fragehaltung nicht nur bereits Friedensbewegte, sondern gerade auch SkeptikerInnen der Gewaltfreiheit an. Es lädt zu kritischem Mitwirken an der Bemühung ein, besser zu verstehen, was Gewalt überwinden kann.

Ein Freund sagte mir, er werde es als *das* Geschenk zu Weihnachten weitergeben, er bestellte 20 Exemplare - am Ende dieses Jahrhunderts und am Beginn eines neuen Jahrtausends eine Einladung, sich im Sinne weltweiter Bemühungen zur Überwindung von Gewalt auf einen ermutigenden Weg zur Gestaltung des Friedens zu machen. Ein schönes Weihnachtsgeschenk!

Bestell-Adresse: Martin Arnold, Neißestr. 4, 45136 Essen, oder eMail: Martin.Arnold@privat.post.de; Versand nach Eingang des Geldes incl. 2 DM Versandkosten auf Konto („Martin Arnold“) 3020343027, BLZ 350 601 90.

Richter besteht im Fall Martin Arnold auf Geld- strafe

Der Essener Pfarrer Martin Arnold war 1998 zu 1350 DM Strafe verurteilt worden. Weil jede Geldzahlung an den Staat anteilig für „Tötungsmaschinen“ verwendet wird, hat er es aus Gewissensgründen abgelehnt zu zahlen und seine Bereitschaft erklärt, eher ins Gefängnis zu gehen. Der Stuttgarter Richter besteht nun auf einer Geldzahlung. Martin Arnold erklärte dazu: „Ich werde nicht zahlen. Vermutlich wird man mir das Geld pfänden.“

Martin Arnold, Mitglied der Essener EUCOMmunity-Gruppe, dankt den vielen Menschen, die wegen der bevorstehenden Bestrafung Mitfühlen und Solidarität gezeigt haben. in Essen und an vielen anderen Orten. „Bitte setzen auch Sie sich und setze auch du dich nach Kräften für die Abschaffung der Atomwaffen ein - es ist wichtig und dringlich.“ (vgl. auch S.1)



Lobbyarbeit

Günther Lott hat seine Lobbyarbeit fortgesetzt. In der letzten Zeit spielte allerdings der Kosovokrieg eine starke Rolle als unser Thema im engeren Sinne. Er hat 185 Bundestagsabgeordnete und 286 VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen angeschrieben. Die in diesem Briefwechsel gewonnenen Kontakte können für die neue Gesetzesinitiative genutzt werden.

Neuer Gesetzentwurf

Von der AG liegen fünf Papiere für einen neuen Gesetzentwurf bzw. die Vorgehensweise für seine Durchsetzung vor (vgl. Netzwerknachrichten Nr. 23). Die Papiere

können bei Klausmartin Voigt, der die Federführung der AG übernommen hat, bestellt werden. Wer Interesse hat, sich an der Diskussion zu beteiligen und in den „erweiterten Kreis“ der AG aufgenommen werden möchte (vgl. Netzwerkrat-Bericht, S. 2), kann sich ebenfalls bei ihm melden.



Grüne schlagen Ulrich K. Preuß als Verfassungsrichter vor

Wenn es nach den Grünen geht, soll der parteilose Rechtswissenschaftler und Professor an der Bremer Reformuniversität, Ulrich K. Preuß, den ausscheidenden Arbeitsrechtler Jürgen Kühling im Ersten Senat des Bundesverfas-

Sigi Laugsch hat sich am 9.7.1999 unter dem Eindruck des Kososvo-Krieges an das für ihn zuständige Finanzamt gewandt, mit der Bitte ihm Möglichkeiten aufzuzeigen, „wie ich Steuern zahlen kann, ohne dabei mein Gewissen - welches nach Art.4 GG unter dem besonderen Schutz des Staates steht - in dieser für mich unzumutbaren Weise zu belasten“.

Die Antwort des zuständigen Finanzamtsleiters lautete kurz und bündig: „... als Leiter des Finanzamtes ..., aber auch als Steuerjurist kann ich Ihnen keine legalen Möglichkeiten aufzeigen, wie Sie Steuern zahlen können, ohne ihr Gewissen dabei zu belasten“. Kommentar von Sigi Laugsch: „Offensichtlich gibt es nach Ansicht des Unterzeichnenden überhaupt keine Steuerzahlung ohne Gewissensbelastung?! Ein, wie ich finde, interessanter Zugang zum Dialog!“.

sungsgerichts ersetzen. Preuß hat im gesamtdeutschen Kuratorium für eine neue Verfassung maßgeblich mitgewirkt und im „Alternativkommentar“ zum Grundgesetz die Beiträge zur Wissenschaftsfreiheit und zum Staatskirchenrecht verfaßt.

Für die Frage der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen könnte die Berufung von Preuß, von der allgemein ausgegangen wird, insofern Bedeutung haben, als er 1984 in einem umfangreichen Gutachten für die Friedenssteuerinitiative zu dem Ergebnis kam, die Militärsteuerverweigerung aus Gewissensgründen sei verfassungsrechtlich zulässig. In seinem „Alternativkommentar“ zu Art. 4 vertritt er allerdings die gegenteilige Auffassung.

Es bleibt abzuwarten, wie er sich bei einer evtl. neuen Verfassungsbeschwerde verhält - vorausgesetzt, sie wird dem Ersten Senat (für die meisten Grundrechtsfragen zuständig und eher als „rot“ eingestuft) zur Prüfung vorgelegt. Die erste Militärsteuer-Beschwerde

(von Klaus Hecker) wurde 1991 vom 1. Senat (unter Beteiligung des jetzt abzulösenden J. Kühling) wegen mangelnder Erfolgsaussichten nicht zur Entscheidung angenommen. Die beiden anderen Beschwerden 1992 (von Voigts) und 1993 (Martin Arnold) wurden dagegen vom 2. Senat (zuständig für Staatsrechtsfragen und eher „schwarz“) abgelehnt. Auch Richter Kirchhof, der an den Ablehnungsbeschlüssen im 2. Senat beteiligt war, scheidet jedoch aus. Seine Zuständigkeit für Steuerrecht hat die SPD-nahe Richterin Lerke Osteloh übernommen.



Internationales

Forschungsprojekt über die internationale Geschichte der Steuerverweigerung

Bart Horeman aus den Niederlanden hatte bereits in Osnabrück den Vorschlag gemacht, dass es für Kontakte politischer oder rechtlicher Natur nützlich sein könnte, einen historischen Überblick über die internationale Geschichte der Steuerverweigerung wie auch der gerichtlichen Prozesse zu haben. Inzwischen hat er eine ausführliche Projektbeschreibung ausgearbeitet. Danach soll der erste Schritt sein,

dass in den nationalen Bewegungen alle verfügbaren Dokumente gesammelt werden und an Erik Hummels, einen Rechtsanwalt in den Niederlanden, geschickt werden. Dazu brauchen wir eine Kontaktperson, die bereit ist, sich um diese Sammlung zu kümmern, d.h. jemanden, der Personen anschreibt und nach Quellen fragt und entscheidet, welche Dokumente wert sind, übersetzt zu werden. Wir haben bei unserem Netzwerk - Treffen in Freiburg Namen gesammelt von Freunden, die besonders gut bescheid wissen, und bei denen man nach Materialien fragen könnte z.B: Martin Arnold, Wolfgang Krauß, Brigitte Janus, Paul Tiedemann, Walter Schönfeld (der Prozessakten gesammelt hat)

Ich wäre dankbar, wenn sich jemand findet, die/der diese Recherche unternehmen würde.

Der zweite Schritt würde sein, nach einem Historiker Ausschau zu halten, der sich dieser Sammlung annimmt, weitere Quellen in Staatsarchiven und dgl. erschließt und das ganze vielleicht als Diplom - oder Doktorarbeit vergibt. Auch danach sollten wir Ausschau halten.

Voraussetzungen, die dazu erwünscht wären, sind:

- fließend in Englisch oder wenigstens in einer zweiten europäischen Sprache lesen und verstehen in Spanisch, Französisch oder Deutsch
- akademische Forschungserfahrung, bevorzugt in Geschichte
- Beziehung zu Friedensarbeit und Friedens-Organisationen

Christa Voigt

CPTI offiziell als „NGO“ anerkannt

Das Wichtigste ist, dass unsere internationale Vereinigung CPTI (Conscience and Peace Tax International) als Nichtregierungsorganisation (NGO) den „Special Consultative Status“ von ECOSOC (Economic and Social Council) bei den Vereinten Nationen erhalten hat. Marian Franz

Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg

Internationales Jahr für eine Kultur des Friedens (Commitment 2000)

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2000 zum „**Internationalen Jahr für eine Kultur des Friedens**“ erklärt, sowie - als Antwort auf einen von allen Friedensnobelpreisträgern unterzeichneten Appell - die erste Dekade des nächsten Jahrtausends, die Jahre 2001 bis 2010 zur „**Internationalen Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit für die Kinder der Welt**“.

Beiliegende **Verpflichtung 2000** soll weltweit von möglichst vielen Menschen verbindlich unterzeichnet und erfüllt werden. Wenn es wirklich 100 Millionen werden, wie die Nobelpreisträger sich wünschen, wird sich das Geschehen in der Welt vielleicht doch verändern können. Ich finde die Idee auf jeden Fall unterstützenswert.

Schickt die beiliegende Erklärung ausgefüllt und unterschrieben an:
APPELL DER NOBELPREISTRÄGER FÜR DIE KINDER DER WELT
B.P. 20797 - F Compiègne - Frankreich - Fax 0033-344863907 ,
e-mail: nobel_appeal.2000@wanadoo.fr

Die Namen der UnterzeichnerInnen werden auf der zu dieser Aktion gehörigen Internet-Webseite erscheinen: www.unesco.org/manifesto_2000

Alle für die Verpflichtung 2000 gesammelten Unterschriften werden der Vollversammlung der Vereinten Nationen für das Jahrtausend im September 2000 übergeben werden.

Es hat vielleicht jede/r von uns Ideen, wie sie/er seinen persönlichen Beitrag dazu leisten könnte. Trotzdem schlage ich vor, dass wir darüber nachdenken, ob wir vom Netzwerk Friedenssteuer evtl. sinngemäß folgenden Eintrag machen:

„als persönlichen Beitrag zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit werde ich: *mich dafür einsetzen, dass Menschen nicht gegen ihr Gewissen gezwungen werden, Kriegsdienst zu leisten oder Kriegsdienste mit ihren Steuern zu finanzieren.*“

Christa Voigt

von der „National Campaign for a Peace Tax Fund“ und Mitglied im Vorstand von CPTI, die unseren Antrag vor 54 Mitglied-Nationen in New York vorgetragen hat, hat die sofortige Zustimmung erhalten. Der indische Vertreter hat dazu folgenden Kommentar gegeben:

„Ich dachte, dass die Verweigerung aus Gewissensgründen gestorben sei, und freue mich, dass sie so sehr lebendig ist.“

Mit diesem Status haben wir die Möglichkeit, an den öffentlichen Sitzungen von ECOSOC teilzunehmen und schriftliche sowie mündliche Eingaben zu machen. Das bedeutet die Chance, unser Anliegen auf internationaler Ebene einzubringen; es bedeutet aber auch Engagement, Zeit - und Geldaufwand. Bisher konnten wir noch keine/n offizielle/n VertreterIn für die Sitzungen in Genf und/oder

Wien benennen. Wer an der Arbeit interessiert ist, kann bei mir eine vorläufige Arbeitsbeschreibung abrufen. Zur Sitzung der NGOs im November in Genf wird vermutlich ein Vertreter aus Italien fahren. Ich selbst werde zusammen mit Klausmartin Ende November zur Vorstandssitzung von CPTI nach Brüssel fahren und werde dann hoffentlich mehr wissen.

Christa Voigt

Parlamentarische Gesetzes-Initiativen in den U.S.A. und Grossbritannien

Im April 1999 wurde im **amerikanischen Repräsentantenhaus** das „Friedenssteuerfonds-Gesetz für die Religiöse Freiheit“ (Religious Freedom Peace Tax Fund Act) eingebracht, und zwar durch die 1971 gegründete *Natio-*

nal Campaign for a peace tax fund (NCPTF). Die erste Gesetzesinitiative erfolgte dort 1972. Heute hat NCPTF über 4000 aktive Mitglieder; mehr als 50 Abgeordnete des Repräsentantenhauses haben öffentlich ihre Unterstützung für das Gesetz erklärt. Eine wichtige Neuerung der jetzigen Vorlage ist die radikale Vereinfachung unter Verzicht auf jeden Bezug zur Höhe des Verteidigungshaushalts oder Verwendungszweck der umgewidmeten Steuergelder. Diese und andere Änderungen haben zu einer spürbar verbesserten Akzeptanz bei Kirchen und Friedensgruppen geführt. Weit über 30 Kirchen und Friedensorganisationen mit Millionen von Mitgliedern haben öffentlich ihre Zustimmung erklärt.

Im Oktober wurde im **britischen Unterhaus** das sogenannte „Militärausgaben (Verweigerung aus Gewissensgründen) – Gesetz“ [Military Expenditure (Conscientious - Objection) Bill] eingebracht. Der Gesetzentwurf stellt die aktuellste Fassung einer Reihe von Gesetzesinitiativen zu diesem Thema dar, die seit ca. 20 Jahren in Grossbritannien immer wieder durch *CONSCIENCE THE PEACE TAX CAMPAIGN* in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren eingeführt wurden. Vorangegangen waren auch diesmal umfangreiche politische und parlamentarische Vorbereitungen (Briefe an Abgeordnete und persönliche Kontakte mit Parlamentariern u.a.). Das Gesetz wurde von über 40 Abgeordneten durch Unterschrift unterstützt.

Beide Gesetzentwürfe ähneln dem ersten deutschen von 1986. Eine übersichtliche Darstellung sowie die Originaltexte können bei Klausmartin Voigt (siehe Kontaktpersonen-Liste) angefordert werden.

Christa Voigt

Internationale Konferenz

Die nächste Internationale Konferenz von CPTI wird im Juli 2000 in Washington stattfinden. Das Netzwerk wird durch Christa und Klausmartin Voigt, Hannelore

ANZEIGE

illoyal

Journal für Antimilitarismus
erscheint viermal im Jahr,
kritisiert und diskutiert

- neoliberale Kriege
- Bundeswehr – weltweit kriegsbereit
- Männlichkeit, Weiblichkeit, Soldatentum
- Ungehorsam und totale Kriegsdienstverweigerung

herausgegeben von

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

- Information und Hilfe in Wehrpflichtfragen -

Einzelpreis DM 4, Jahresabo+Versand DM 20,-

Ja,

Ja, ich möchte ein kostenloses Probeheft!

Name

Anschrift

Mit uns gegen die Wehrpflicht e.V.

Oranienstr. 25 · 10999 Berlin

Tel. 0 30 / 6 15 11 23 · Fax 0 30 / 61 50 05 29

www.illoyal.kampagne.de

e-mail: illoyal@kampagne.de

Morgenstern und Klaus Waiditschka vertreten sein.

Für die Konferenz 2002 bewirbt sich das Netzwerk als Ausrichter. Als Tagungsort ist Hirschluch in der Nähe von Berlin am ersten September-Wochenende vorgesehen. Die Entscheidung über Deutschland als Veranstalter fällt in Washington.

Informationen

Worldwide Web

Das Netzwerk Friedenssteuer ist im Internet umgezogen. Die neue Adresse lautet:

www.quakers.net/mwfs

Neue Aufkleber

Es gibt neue Briefaufkleber des Netzwerk Friedenssteuer. Sie sind auf Papier, aber „wetterfest“ be-

Keine Steuern - kein Sex

Männer, die in Uganda ihre Steuern nicht zahlen, müssen auf fleischliche Gelüste verzichten. Zumindest wenn es nach dem Willen von Janet Sendabaguzi, einer Provinzgouverneurin, geht.

Nairobi - Sendabaguzi fordert deshalb die Frauen von Steuersündern auf, ihren Männern den Sex zu verweigern. Und die folgen offenbar dem Aufruf der Politikerin. Das zumindest berichtet die Wochenzeitung "East African" in ihrer aktuellen Ausgabe. Steuerverweigerung ist in Uganda eine kriminelle Handlung und Kriminellen ist Sex untersagt.

Mit der "no tax-no sex" (keine Steuern - kein Sex)-Kampagne versucht die Regierung, die Löcher in der Staatskasse zu stopfen.

Dabei gibt es durchaus Schlupflöcher, die das Kolonialgesetz eingebaut hat. So müssen impotente Männer von jeher keine Abgabe leisten. Stellt sich nur die Frage, wie die Behörden das überprüfen wollen.

SPIEGEL ONLINE 48/1999, 29. November 1999

schichtet und im neu gestalteten Titel der Friedenssteuer-Nachrichten verkleinert und in schwarzweiß zu bewundern. Die Originalausführung ist gelb (Rand) und orange (innen) und 4 cm groß. Ein Bogen mit 35 Stück kostet 2,- DM und ist beim Materialversand in Aachen erhältlich (Adresse siehe letzte Seite).

Auch Steuern zu Pflugscharen hat einen neuen Aufkleber entworfen (siehe S. 3).

11,5 % Rüstungsanteil im Bundeshaushalt 2000

Die offiziellen Rüstungs- und Militärausgaben (der sog. „Einzelplan 14: Verteidigung“) sollen für das Jahr 2000 insgesamt eine Höhe von 45,3 Mrd. DM erreichen, das sind 1436 DM in jeder einzelnen Sekunde des Jahres. Der Anteil am Gesamthaushalt liegt bei 9,5 % bzw bei 11,5 %, wenn man anteilig auch die Ausgaben für die Bundes-schuld miteinrechnet. Im Vergleich zu 1999 liegen die „Verteidigungs“-ausgaben um 1,7 Mrd. DM bzw. 3,6 % niedriger (vgl. Friedenssteuer-Nachrichten Nr. 23). Unklar ist, wieviele Rüstungsausgaben sich noch in anderen Haushaltsposten verbergen.

Termine

Der nächste **Netzwerk** tagt wieder gemeinsam mit der **Jahresversammlung von Steuern zu Pflugscharen**:

24. - 26. 3. 2000 in Erfurt (in den

letzten Netzwerknachrichten war irrtümlich der 24. - 26. 4. angegeben. Richtig ist der März!)

Das übernächste **Netzwerk**treffen liegt ebenfalls schon fest: **20. - 22. 10 2000 in Eisenach**

Einladungen ergehen rechtzeitig, Gäste sind zu beiden Veranstaltungen willkommen!

Aus der Redaktion

Trotz aller guten Vorsätze sind diese Friedenssteuer-Nachrichten nun doch nicht mehr vor Weihnachten fertig geworden. So bleibt der Redaktion nur, allen Lesern und Leserinnen für das gerade begonnene Jahr 2000 alles Gute zu wünschen.

An der Produktion dieser Ausgabe wirkten mit: Dedo v. Krosigk (ViSdP), Carl Ehrig-Eggert, Lutz-E. Bohr, und Uta Pfefferle (Versand). Weitere AutorInnen sind namentlich gekennzeichnet.

Artikel für die nächsten Netzwerk-Nachrichten **bitte an Carl Ehrig-Eggert, Carl-Goerdeler-Str. 25, 55122 Mainz**. Wenn möglich als Ausdruck und ASCII-Textfile. **Redaktionsschluß** für die nächste Ausgabe ist der **10. April 2000**. Wer weitere Exemplare dieser Friedenssteuer-Nachrichten wünscht, kann sie gegen 3,- DM in Briefmarken pro Stück zzgl. Porto bei Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, bestellen.

Kontaktpersonen-Liste

Stand: Dezember 1999

PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEPHON	FAX	e-mail
Region Ost:					
01187 Dresden	Ehrhard Becke	Hohe Str. 102	0531 4030577		
04668 Leipzig	Sebastian Fleischhack	Pfarrhof, Dorfstr. 4	034386 42023		
99084 Erfurt	Martin u. Gerlinde Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 3456264		
99817 Eisenach	Stefan Müller	Am Schleierborn 37	03691 203897	03691 810-321 d	
Region Nordost:					
13088 Berlin	Henning Utpatel	Mahlerstr. 19	030 97104944 d		
Region Nord:					
30171 Hannover	Dedo von Krosigk	Birkenstr. 32	0511 801696	0511 14804	dedo@crosswinds.net
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 31231	12.30-13h	
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 4194		
Region West:					
40489 Düsseldorf	Robert & Ute Antoch	Alte Landstr. 32	0211 403986	0211 404723	
51429 Bergisch Gladbach	Lutz-E. Bohr	Freiheit 11	02204 56043	0221 3382 293	
52066 Aachen	Ansgar Bours	Victoriastr. 29	0241 542491		01129381@pool.bth.rwth-aachen.de
Region Südwest:					
55122 Mainz	Dr. Carl Ehrig-Eggert	Carl-Goerdeler-Str. 25	06131 689457		Eggert.am.Rhein@t-online.de
69227 Rauenberg	Christel & Günther Lott	Postfach 1151	06222 62741	06222 62702	AnjaLott@t-online.de
73240 Wendlingen	Gabi Kurzenberger	Alleenstr. 4	07024 52557		
79249 Merzhausen	Klausm. & Christa Voigt	Im Laimacker 20	0761 404940	0761 4001263	voigtkmfreiburg@dinx.de
Region Bayern:					
81541 München	Sepp Rottmayr	Eduard-Schmid-Str. 26	089 659253		S.Rottmayr@igmuc.de
84030 Landshut	Kurt u. Ingrid Büttler	Oberbreitenauer Str. 43	0871 74736		
90408 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus	Krelingstr. 10	0911 353237		
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegefeld 5	0911 5215210		
90765 Fürth	Siegfried Laugsch	Kreuzsteinweg 29	0911 7940177	0911 4304 -303 d 4304 -201 d	laugsch@ejb.de
Arbeitsschwerpunkte:					
<i>Gesetzesinitiative:</i>					
Günther Lott	69227 Rauenberg	Postfach 1151	06222 62741	06222 62702	AnjaLott@t-online.de
<i>Steuern zu Pflugscharen:</i>					
Lutz-E. Bohr	51429 Berg. Gladbach	Freiheit 11	02204 56043	0221 3382-293	
<i>Rechtswege:</i> der Arbeitsschwerpunkt ist z.Zt. nicht besetzt, Fragen ggf. an andere Kontaktpersonen richten					

Bestellung der Netzwerknachrichten

Der Preis für vier Ausgaben der Friedenssteuer-Nachrichten, das sind i.d.R. zwei Jahre, beträgt 20,- DM. Die Bestellung erfolgt durch Überweisung auf das **Aktionskonto**, Stichwort „Netzwerknachrichten“. **Absender nicht vergessen!**

Nach Ablauf des Abos erinnert ein roter Punkt daran, daß eine Verlängerung fällig ist. Die kleine Zahl auf dem Adressen-Etikett gibt die Anzahl der Ausgaben an, die zusätzlich zu dieser Nummer noch bezahlt sind.

Adressenänderungen bitte an Günther Lott (Adresse siehe oben)

**KEIN
GELD
FÜR
KRIEG**

Friedenssteuer
NACHRICHTEN



Aktionskonto: Kto.-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00.

Für Bestellung der Netzwerk-Nachrichten (20 DM für 4 Ausgaben)

Stichwort vermerken und Absender nicht vergessen!!

Spenden: Freiburger Friedenswoche e.V., Kto.-Nr. 228 1250, Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01, **Stichwort: AK Friedenssteuer**

Spenden für die Aktion „Steuern zu Pflugscharen“: Ev. Gemeinde zu Düren, Kto.-Nr. 100 750, Kreissparkasse Düren, BLZ 395 501 10.

Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!

Materialversand (Bestellliste anfordern): Pax Christi, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel/Fax: 0241/ 4028076

Transparente- u. Plakatverleih: Gudrun Rehmann, Brahmsstr. 11, 32756 Detmold, Tel. 05231/31231

E-mail: laugsch@ejb.de **Internet:** <http://www.quakers.net/nwfs>